



Konferenz der Landesbeauftragten

für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik und zur Aufarbeitung der
Folgen der kommunistischen Diktatur

Pressemitteilung

27. April 2014

Bundeskongress würdigt die Bedeutung der Verfolgten und des Widerstands für die Friedliche Revolution

Dresden. Die kommunistische Gewaltherrschaft in Ostmittel- und Osteuropa hat schweres Unrecht verursacht. Die Anerkennung dieses Unrechts und des widerständigen Verhaltens muss im öffentlichen Bewusstsein verankert und an die nächsten Generationen vermittelt werden. Im Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution sind noch bestehende Lücken in der Aufarbeitung der Diktaturvergangenheit zu schließen. Für Opfer von Zersetzungsmaßnahmen der Stasi, Zwangsausgesiedelte und verfolgte Schüler sollten die Rehabilitierungsgesetze erweitert werden. Die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden muss zügig verbessert werden. Würdigung der Verfolgten verlangt auch einen würdigen Umgang in den Rehabilitierungsverfahren.

Diese Forderungen standen im Mittelpunkt des 18. Bundeskongresses der Landesbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen im Sächsischen Landtag in Dresden. Mehr als 200 Teilnehmer zogen vom 25. bis 27. April 2014, im Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution, eine Bilanz der Aufarbeitung und stellten sie in einen europäischen Kontext. Der jährlich stattfindende Kongress ist die einzige Plattform, bei der Verbandsvertreter aus allen Bundesländern ihre Anliegen austauschen und Forderungen artikulieren.

Mit einer Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzner Straße, bei der an Opfer Sowjetischer Militärtribunale von 1951 erinnert wurde, ging der Kongress „Zeitenwende 1989 – Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung“ heute zu Ende.

Lutz Rathenow

im Auftrag der Konferenz der Landesbeauftragten